

Streit um die Stromleitung

Gemeindevertretung Handewitt vertagt Entscheidung über Erweiterung des Gewerbegebietes „Heideland“

HANDEWITT Um die ablehnende Haltung des Nachbarn Harrislee gegen die Lagerung von Abbruchmaterial aus den Atomkraftwerken zu unterstützen, brachte die Gemeindevertretung Handewitt in ihrer jüngsten Sitzung eine kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzte Resolution auf den Weg. „Das ist ein Signal an das Umweltministerium“, erklärte Bürgermeister Thomas Rasmussen. „Dieses Problem betrifft nicht allein Harrislee, sondern die Region.“ Hintergrund: Die Ortsteile Ellund und Gottrupel grenzen direkt an die betroffene Bauschutt-Deponie.

Für „Zündstoff“ sorgte die 110-Kilovolt-Leitung, die über das für eine Erweiterung des Gewerbegebietes „Heideland“ vorgesehene Areal verläuft und dabei zum Teil nur 6,50 Meter über dem Erdboden hängt. In vorgeschalteten Sitzung des Planungsausschusses war deutlich geworden, dass in einem 20 Meter breiten

„Wir fragen uns, wer möchte unter einer solchen Stromleitung eine Halle bauen?“

Marx Plagemann
CDU-Fraktionschef

Schutzstreifen deshalb an den entsprechenden Stellen nur Gebäudehöhen von 1,50 Meter zulässig wären. Um diesen Makel zu beheben, müssten die beiden umliegenden Masten erhöht oder ein zusätzlicher dritter montiert werden. Rasmussen informierte über die Einschätzung der regionalen Wirtschaftsförderung, dass eine maximale Gebäude-



Tiefhängende Stromleitungen im Erweiterungsbereich für das Gewerbegebiet „Heideland“ bereiten den Gemeindevertretern Probleme. KIRSCHNER

höhe von zehn Metern keine wesentlichen Vermarktungsnachteile bringen würde. Die CDU war anderer Meinung. „Wir fragen uns, wer möchte unter einer solchen Stromleitung eine Halle bauen?“, so Fraktionschef Marx Plagemann. Die CDU warb dafür, die als teuer eingeschätzte Variante einer Erdkabel-Verlegung zu prüfen.

Kaj Clausen vom SSW erhob Vorwürfe gegen das Planungsbüro („grob fahrlässig“). Es blieb unklar, wo zwischen Gemeinde, Ingenieuren und Netzbetreiber etwas schiefgelaufen ist. Nach langer Diskussion hatte sich die Zahl der Fragezeichen weiter vergrößert. Der Tagespunkt wurde schließlich abgesetzt und eine Sondersitzung für Ende August anvisiert.

Vor einem Jahr war ein Leitfaden für eine Bürgerbeteiligung mit einem 10:10-Patt im Gemeinderat durchgefallen.

In einer gemeinsamen Aktion hatten KWG, Grüne und SPD das Thema aufgearbeitet und freuten sich nun über ein 13:9-Votum. „Wir wollen mehr Demokratie wagen“, sagte Dieter Neugebauer (KWG) und reihte sich wie Grünen-Chefin Helga Knaack („Zu mehr Bürgerbeteiligung bekennen“) in die Reihe der Befürworter ein. Die beiden anderen Parteien teilten diese Euphorie nicht. Clausen sprach die enttäuschende Resonanz jüngster Veranstaltungen an und CDU-Gemeinderätin Stefanie Höller betonte: „Wir haben doch schon eine Geschäftsordnung mit vielen Werkzeugen, mit denen eine Bürgerbeteiligung gelebt werden kann.“

Mit dem ersten Nachtragshaushalt wurden zwei Sanierungen – Pausenhofgang der Gemeinschaftsschule und Pausenhofüberdachung der Grundschule Jarplund – sowie die Anschaffung von Treckern

für Bauhof und Schule gesichert. Der Jarplunder Bürger Harald Weber kritisierte, dass in einer Grafik die Verschuldungssituation Handewitts „geschönt“ sei. Daraufhin Gerhard Beirer, Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses: „Für die Jahre 2014 und 2015 steht die Jahresrechnung noch aus. Und 2016 machen wir keine neuen Schulden, wir tilgen.“ Derzeit liegen die Handewitter Schulden bei 8,5 Millionen Euro.

In der KWG-Fraktion gab es eine personelle Änderung: Thorsten Neumann gab in der letzten Woche „aus beruflichen Gründen“ sein Mandat zurück. Der Hülleruper Sönke Paulsen rückte nach. Rasmussen informierte, dass die beiden neuen „Mobilklassen“ für das DaZ-Zentrum als Verlängerung zu zwei bestehenden Containern zwischen Grundschulgebäude und Sportplatz errichtet werden. *ki*